

11. XI. 1917

11
219

... und fürchtet,

Sonntag, 11. November 1917

Zeitung

gelehrten Sachen

à M. 2.70 bei wöchl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 50 Pf. die Zeile, Stellengesuche keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. in SW 68, Kochstr. 29-35, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

6 Fernsprech-Zentrale: Ulstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

e
it
er
re
ig-
nn
die
ent-
heit
a
je

Rußland.

Klarheit in der Ostfrage!

Von
Max Cohen-Kneß,
Mitglied des Reichstags.

Von verschiedenen Seiten ist in diesen Tagen behauptet worden, daß in einem Kronrat wichtige Beschlüsse über die Zukunft der im Osten besetzten Gebiete gefaßt worden und daß sie dann in den Besprechungen der deutschen Staatsmänner mit dem Grafen Czernin ergänzt worden seien. Inzwischen aber wird bekannt, daß von derartigen Beschlüssen keine Rede ist, und daß auch Ähnliches nicht bevorsteht. Diese Nichtigstellung ist mit Genugtuung zu begrüßen. Es dürfen nicht Beschlüsse gefaßt werden, die einseitig, ohne die Verständigung mit dem nächstbeteiligten, nämlich Rußland, das Schicksal dieser bisher russischen Gebiete bestimmen, gleichgültig, ob es sich dabei um Personalunionen oder irgendetwas anderes handelt.

Daß eine solche Politik, durch die unsere wichtigsten Lebensfragen ebenso vornehmlich wie unheilvoll entschieden würden, überhaupt nicht in den Kreis der Betrachtung gezogen werde, dafür zu sorgen ist die erste Pflicht des Reichstags und vor allem der Reichstagsmehrheit. Sonst wird man in der Tat, wie Herr Buchta eben jetzt im „Tag“ schrieb, die Resolution vom 19. Juli „zum alten Eisen werfen dürfen“. Ganz wird man den Reichstag überhaupt nicht von dem Vorwurf freisprechen können, daß er die für die deutsche Zukunft ausschlaggebenden östlichen Fragen viel zu wenig beachtet und in politischer Beziehung die Dinge viel zu sehr hat laufen lassen. Obwohl mehr als einmal einzelne seiner Mitglieder im Hauptauschuß die warnende Stimme erhoben und auf die außergewöhnliche Bedeutung der Ostfragen hingewiesen haben. Die Anhänger der Resolution des 19. Juli, die den Verständigungsfrieden erstrebt, hätten eigentlich auch der bisherigen östlichen Politik der Regierung Widerstand leisten müssen. Denn die in jedem Fall einseitig von den Mittelmächten ohne Rußland geplante Verständigung mit Rußland gelte. Die aber ist es, die von allen anderen erstrebt werden muß, und die auch die Resolution vom 19. Juli in Wort und Sinn erstrebt.

Nur im Osten aber war und ist an eine Verständigung über das Ende des blutigen Kampfes, die zugleich eine Verständigung für lange Friedenszeit ist, zu denken. Wer die Gesamtfragen unserer auswärtigen Politik im Auge behält und die weltpolitische Lage Deutschlands nicht unter dem Gesichtspunkt kurzer Tagespolitik, sondern auf lange Sicht hinaus betrachtet, konnte seit Jahr und Tag darüber nicht mehr im Zweifel sein. So mußten auch die polnische Angelegenheit und die anderen östlichen Dinge gewertet werden. Nur in dem man Klarheit zu gewinnen versuchte über die spätere weltpolitische Situation des Deutschen Reiches und über sich aus ihr ergebende Stellung, die dabei zu Rußland und zu den anderen großen Mächten eingenommen werden mußte, konnte man ebensolche Klarheit über alle östlichen Fragen gewinnen. Nur in diesem Zusammenhang — nicht aber für sich allein — durften Entscheidungen über die besetzten Gebiete im Osten getroffen oder auch nur vorbereitet werden.

An der ruhigen und sicheren Einschätzung all dieser Faktoren hat es dauern bei uns gefehlt. Auch dann noch, als jedem, der Augen hatte, eigentlich die Schuppen fallen mußten. Und von vielem anderen abzuweichen: die uns so reichlich durch den englisch-amerikanischen Druck zuteil gewordenen überseeischen Kriegserklärungen, die umfassende Zerstörung fast all unserer weltwirtschaftlichen Verbindungen: das war bereits der Krieg nach dem Kriege. Ob die beiden angelsächsischen Imperien ihn noch schärfer gegen uns führen oder maßvollere Methoden anwenden werden, das hängt zum wesentlichsten Teile von unserem späteren Verhältnis zu Rußland ab. Ist es gut, so werden die beiden Riesenreiche des Westens sehr bald genötigt sein, andere Seiten gegen uns aufzuziehen, ist es schlecht, so kann das Finis Germaniae Wahrheit werden. Wenn wir auch — das ist selbstverständlich — mit England Frieden schließen wollen und müssen, und uns gern mit ihm, so gut es geht, verständigen — können politische Einseitige wirklich